

Medienspiegel Woche 44 / 2015

	Seite
Die Welt, 22.10.15 Diese Bildungsreformen machen unsere Kinder dumm	1
Starke Schule Baselland, 23.10.2015 SP diskreditiert die Arbeit der Starken Schule	6
SonntagsZeitung, 25.10.2015 Die Revolution von Niederhasli	10
Schule Schweiz, 27.10.2015 Die Revolution von Niederhasli und der Lehrplan 21	12
BZ, 20. Oktober 2015 Wie viel Digitalisierung verträgt der Schulunterricht?	13
Migros-Magazin, 26. Oktober 2015 Sonderschüler bringen Lehrer an ihre Grenzen	15
Schule Schweiz, 25.10.2015 Immer weniger Schüler bleiben sitzen Intransparente Zuteilung von Sonderschülern Kinder sollen lernen dürfen	17
Aargauer Zeitung, 26.10.2015 Lehrplan 21: Aargauer Regierung hält Alleingang für schädlich	18
srf, Regionaljournal Zentralschweiz, 27. Oktober 2015 Fremdsprachen-Initiative soll doch gültig sein	20
Basler Zeitung, 27.10.2015 Neuer Lehrplan ohne Bücher	21
Tagblatt, 29. Oktober 2015 Grünes Licht für die Erweiterung	23
Tagblatt, 29. Oktober 2015 Die kleinen Oberstufen im Kanton gesichert	25
Tagblatt, 30. Oktober 2015 Hägenschwil verlängert mit SBW	26

Initiativstart im Kt. Schaffhausen

Lehrpläne vors Volk!

<http://www.svp-sh.ch/home/aktuell/archiv/lehrplaene-vors-volk/>

Die Welt, 22.10.15

Diese Bildungsreformen machen unsere Kinder dumm

Neue Rechtschreibung, keine Noten, Gemeinschaftsschule - immer neue Bildungsreformen sollten in den vergangenen Jahrzehnten unser Schulsystem verbessern. In den meisten Fällen waren sie vergebens.

Von [Susanne Gaschke](#) Reporterin



Da blickt keiner mehr durch: Eigentlich sollte alles leichter werden, doch nach der Rechtschreibreform 2006 und unterschiedlichen Formen der Lesedidaktik herrscht große Verunsicherung

Foto: picture alliance / Bildagentur-o

Können Sie sich noch an die Mengenlehre erinnern? Sie wurde in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts an Grundschulen gelehrt und ist ein grundlegender Teilbereich der Mathematik. Die Mengenlehre ging den Weg vieler bildungspolitischer Ideen: Sie kam aus der Mode.

Bei bildungspolitischen Klein- und Großmoden scheint es in Deutschland ein grundsätzliches Muster zu geben. Wir setzen Reformen mit ideologischem Schwung – aber fast nie auf wissenschaftlicher Grundlage – durch, sind dann irgendwann über ihr Ergebnis enttäuscht, und am Ende darf jede Schule individuell mit den Folgen weiterwursteln, so gut sie es eben hinbekommt. Größtes Beispiel dieser Art aus den vergangenen Jahren: das Gezerre um G8 und G9, die Zahl der Schuljahre bis zum Abitur. Eine Bilanz aus acht größeren und kleineren Bildungsmoden unserer Zeit.

1. Uni für alle

Die längste Tradition hat die Ausweitung der Bildungsbeteiligung. Die sprichwörtliche "katholische Arbeitertochter vom Lande" sollte studieren können, und in diesem Zusammenhang kam es seit den 60er-Jahren zu einem enormen Ausbau von Gymnasien und Hochschulen. Sowohl emanzipatorisch als auch volkswirtschaftlich war es sinnvoll, mehr als acht Prozent eines Jahrgangs das Abitur machen zu lassen. Aber wo liegt die Grenze des Sinnvollen? Für wie viele Absolventen ist die Hochschulreife der richtige Abschluss?



Lehrermangel

[Bundesweit fehlen 30.000 Lehrkräfte](#)

Die OECD fordert beharrlich eine Studierendenquote von 75 Prozent – freilich berücksichtigt sie dabei nicht, dass es bei uns, anders als in anderen Ländern, die höchst anspruchsvolle duale Ausbildung im Betrieb und an der Berufsschule gibt, die zum Meisterbrief führen kann. Es ist sehr die Frage, ob Handwerker ihre Qualifikation wirklich besser an einer Hochschule erwerben würden.

Schon jetzt hat die Bildungsangst der Mittelschicht dazu geführt, dass alle Eltern, die für ihre Kinder auch nur irgendwelche Ambitionen hegen, allein das Abitur noch für einen akzeptablen Abschluss halten.

2. Gemeinschaftsschule

Früher war sie das Projekt der Sozialdemokraten, und seit den 70er-Jahren gab es regelrechte Glaubenskriege ("Schulkampf") um sie, heute setzen auch Christsoziale ihr kaum noch Widerstand entgegen: der einen Schule für alle. Ob als integrierte Gesamtschule oder neuerdings als Regional- oder Gemeinschaftsschule: Immer geht es darum, das gegliederte Schulwesen zu überwinden und alle Kinder "länger gemeinsam lernen zu lassen".

Am scharfen Widerstand der Eltern (fast 90 Prozent sind laut einer aktuellen Forsa-Umfrage dagegen) scheiterte bisher die Abschaffung der Gymnasien, sodass Deutschland langfristig auf ein zweigliedriges System zusteuert: Gymnasium für alle, die es schaffen, und irgendeine Form von integrierter Schule, die theoretisch auch zum Abitur führt, für alle anderen. Das Problem: Die Gymnasien und Realschulen sind nach etlichen Schulvergleichsstudien fachlich leistungsfähiger als die Gesamtschulen. Und diejenigen Eltern, die genug Initiative haben (und es sich finanziell leisten können), beantworten den Gesamtschultrend auf ihre Weise und optieren zunehmend für Privatschulen. Zehn Prozent der allgemeinbildenden Schulen sind bereits "freie" Schulen, von Waldorf bis Salem.

3. Inklusion

Zum Projekt der einen Schule für alle gehört auch die Abschaffung der Förderschule. Sie steht unter dem Verdacht, Kinder mit den unterschiedlichsten Behinderungen auszugrenzen. In Zukunft sollen Kinder mit Förderbedarf lieber unter sonderpädagogischer Begleitung in "normale" Klassen integriert werden.

[Inklusion](#) klingt zunächst menschenfreundlich, ist aber erstens ein Sparprogramm für die Länder, die die teuren Sonderschulen nicht länger unterhalten müssen. Zweitens machen sich viele hoch qualifizierte und engagierte Praktiker aus der Sonderpädagogik Sorgen um ihre Schützlinge, die sie in den Facheinrichtungen keineswegs ausgrenzen, sondern so gut wie irgend möglich fördern wollten. Werden diese Kinder im normalen Schulalltag die richtige Zuwendung erfahren? Die empirischen Erkenntnisse darüber sind, so heißt es zum Beispiel bei den Experten vom Kölner Zentrum für empirische Inklusionsforschung, "unzureichend".

4. Weg mit den Noten

Erst vor einem Monat forderte dies – nicht zum ersten Mal – Hans Brügelmann, laut "Bild"-Zeitung "einer der renommiertesten Erziehungswissenschaftler Deutschlands". Der Philosoph Richard David Precht hat schon in dieselbe Kerbe geschlagen. "Förderlicher als Ziffernzeugnisse wären gemeinsame Gespräche zwischen Lehrern, Eltern und Kindern, in denen miteinander geklärt wird, wo das Kind steht und wohin es sich entwickeln soll", sagt Brügelmann.

Doch in einer Leistungsgesellschaft bedürfe es nun einmal einer Leistungsbilanz, schreibt Josef Kraus, ehemaliger Gymnasialdirektor und Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes: Mehr als tausend internationale Studien zu "Raster-, Baustein-, Berichts- oder Briefzeugnissen" sowie zu "relativer Notengebung und zuwachsorientierten Leistungstests" hätten nicht nachweisen können, dass ein System der verbalen Bewertung der Benotung überlegen sei.

5. Individualisierung

Zu den beliebtesten Feindbildern von Bildungspolitikern gehört der "Frontalunterricht". Er gilt, obwohl er in der freien pädagogischen Wildbahn kaum noch in Reinform vorkommt, als Inbegriff der autoritären, obrigkeitlichen Schule, die die Individualität und das persönliche Lern-tempo der Kinder missachtet.

Obwohl der "lehrerzentrierte Unterricht" sich in vielen Untersuchungen als effektiv erwiesen hat, sind "kooperative Lernformen", also Lernen mit Partner, in Gruppen oder individuell nach einem Wochenplan oder Lernpaket allenthalben auf dem Vormarsch. Für schwache Schüler ist das eher Risiko als Chance.

Gute Ernährung soll jetzt auch ein Schulfach werden



Immerhin jedes zweite Kind isst in der Schule Mittag. Doch nicht immer schmeckt, was auf den Tisch kommt - geschweige denn ist es gesund. Bundesernährungsminister Schmidt fordert Aufklärung. Quelle: Die Welt

6. Rechtschreibung und Lesedidaktik

Die Fehlerquote ist nicht etwa zurückgegangen, sondern hat sich verdoppelt.

Die Rechtschreibreform von 2006 war von dem Geist getragen, den "elaborierten Code" der deutschen Rechtschreibung, der angeblich breite Bevölkerungsschichten überforderte, durch ein einfaches und intuitiv einleuchtendes Regelwerk zu ersetzen. Das hat nicht funktioniert: Die strukturellen Unterschiede zum Beispiel zwischen Konsekutiv- und Relativsätzen ("Ich bin so glücklich, dass ich weinen könnte" beziehungsweise "Ich nehme das Stück Kuchen, das am größten aussieht") werden weiter durch unterschiedliche Schreibweisen markiert – dass und das – und also auch weiter falsch geschrieben.

Die neue Getrennschreibung ist oft sinnentstellend. Die Fehlerquote in Klassenarbeiten ist nicht etwa zurückgegangen, sondern hat sich verdoppelt. Die tiefe Verunsicherung, welche Regeln eigentlich gelten, wird verschärft durch ein sehr problematisches didaktisches Konzept: die Methode "Lesen durch Schreiben" des Schweizer Pädagogen Jürgen Reichen. Obwohl diese Methode inzwischen hoch umstritten ist und nie einen wissenschaftlichen Nachweis für ihre Überlegenheit erbringen konnte, ist sie durch ein reges Fortbildungsgewerbe unter Grundschullehrkräften weit verbreitet und wird manchmal mit fast religiösem Eifer verteidigt.

Nach Reichen schreibt das Kind, das Kino mit ie schreibt, richtig, weil es das lange i im Wort korrekt gehört hat. Nach zwei Jahren der phonetischen Schreibung – die die Eltern auf keinen Fall korrigieren sollen – müssen die Kinder dann allerdings doch die korrekte Rechtschreibung lernen. [Gerade für die schwächeren Schüler eine ungeheuer frustrierende Erfahrung.](#)

7. Digitalisierung

In den kommenden Jahren wird uns die "Digitalisierung" der Klassenzimmer beschäftigen, die in Deutschland immer noch als höchst erstrebenswert und fortschrittlich gilt. Die große Koalition hat im Sommer einen Antrag zur "Förderung der Medienkompetenz" beschlossen, der mit jeder Zeile die Überzeugung verströmt, dass Schüler, wenn sie nur mit Tablets und Smartboards arbeiten, quasi osmotisch besser lernen und verstehen. Aber, darauf hat der Mediengestalter und Grafiker Ralf Lankau sehr zu Recht in der "FAZ" hingewiesen: Auch Laptops und Tablets sind nurmehr Medien. Lernen und begreifen muss jeder Schüler selbst.



Auszeichnung
[Das ist die beste Schule Deutschlands](#)

Wer sich ernsthaft für "game-based learning" einsetze, mache sich lediglich zum Büttel der IT-Lobbyisten, schreibt Lankau und warnt vor einer noch utopisch klingenden, aber angesichts deutscher Gründlichkeit durchaus ernst zu nehmenden Gefahr: Dass nämlich die "digitale Spaltung" in Zukunft darin besteht, dass Eliteschulen weiterhin auf gute Lehrer, Präsenzkultur und gemeinsames Lernen setzen, während die mittellose Masse sich mit einer geistlosen Daddelkultur und digitalen Lernprogrammen zufrieden geben muss.

Da die Schulen in Deutschland mit IT-Ausstattung und Fachpersonal bisher unterversorgt sind, gäbe es hier freilich noch die Chance, eine Reformruine zu verhindern und die Schule als analogen Lernort zu schützen. Im technikaffinen Amerika ist der digitale Rückbau in vollem Gange – unter anderem, weil man in der stärker empirisch orientierten Bildungskultur Amerikas die Wirkungsnachweise für "digitales Lernen" vermisste.

8. Pisa-Dressur

Die Schule braucht Entschleunigung, nicht überhitzten Erneuerungseifer.

Obwohl man in Deutschland meist wenig über die Folgen einschneidender Reformen weiß, hat der Pisa-Schock von 2000 eine empirische Wende gebracht – jedenfalls in der Hinsicht, dass von da an wie wild Leistungsstände verglichen wurden. Grundsätzlich war es gewiss richtig, überhaupt erst einmal Vergleichbarkeit anzustreben. Und deutsche Schüler haben sich in den Leistungstests klar verbessert.

Allerdings wissen Experten erstaunlich wenig darüber, woher die Verbesserungen rühren, auf welche Fähigkeiten des Lehrers, welches Lernklima, welche Inhalte und welche Lernmethoden es ankommt. Abiturnoten sind nach wie vor nicht wirklich vergleichbar, weil die Länder die Ergebnisse unterschiedlich gewichten. Und Pädagogen warnen auch vor einem Zuviel an Pisa-Dressur: Man könne Kinder sehr gezielt auf die Tests hin drillen, ohne dass sich ihr Weltverständnis wirklich verbessere.

Soll man aus all diesen Punkten Lehren ziehen, dann wohl vor allem folgende: Vorsicht bei allen Reformen, die Vereinfachung, Erleichterung, mehr Chancen für Schwächere versprechen – sie

führen womöglich zum Gegenteil. Die Schule braucht Entschleunigung, nicht überhitzten Erneuerungseifer. Neue Methoden sollten einen empirisch belastbaren Nachweis ihrer Wirksamkeit mitbringen, bevor sie flächendeckend Anwendung finden. Bildungspolitik sollte den Mut finden, auch Schritte zurückzugehen, wenn die Richtung falsch war.

Auf Inhalte kommt es an, deshalb ist auch der Mut zum Kanon notwendig. Digitale Medien sind nur Medien. Lehrerinnen und Lehrer bleiben die wichtigsten Personen im Bildungsleben der Kinder. Ihre Professionalität muss sichergestellt und von Nicht-Pädagogen dann auch respektiert werden.



Schüler gönnen sich Extra-Jahr am Gymnasium

Laut aktuellen Untersuchungen drehen immer mehr Schüler an Gymnasien Extrarunden. Die Vermutung: Durch die um ein Jahr verkürzte Schulzeit bis zum Abitur hat der Leistungsdruck stark zugenommen.

<http://www.welt.de/vermishtes/article147908961/Diese-Bildungsreformen-machen-unsere-Kinder-dumm.html>

Starke Schule Baselland, 23.10.2015

SP diskreditiert die Arbeit der Starken Schule

Letzte Woche ist eine von den beiden SP Co-Präsidenten Regula Meschberger und Adil Koller unterschriebene Mail an alle Sekundarlehrpersonen verschickt worden, in welcher die Arbeit der Starken Schule diskreditiert und die Bildungsdirektorin verunglimpft wurde.

<http://www.sp-bl.ch/aktuell/unerhoerte-vorwuerfe-und-immer-noch-mehr-verwirrung/>

Als Reaktion haben wir uns erlaubt, den Sekundarlehrpersonen einen Brief einer Lehrperson zu mailen:

Liebe Sekundarlehrpersonen

Die SP-Parteispitze verkennt ihre Verantwortung dafür, dass die letzten 20 Jahre Bildungspolitik unter ihrer Führung für die schwierige Situation an unseren Schulen verantwortlich ist. Folgend erlauben wir uns, Ihnen eine an das Co-Präsidium der SP gerichtete Reaktion einer Lehrperson weiterzuleiten.

Freundliche Grüsse

Saskia Olsson
Geschäftsleiterin Starke
Schule

Alina Isler Sekretariat
Starke Schule

Michael Pedrazzi
Vorstand Starke Schule

«Sehr geehrte Frau Meschberger, sehr geehrter Herr Koller

Ihre Partei hat massiv an Rückhalt verloren innerhalb der Lehrerschaft u.a. wegen der Positionen, die sie auch in Ihrem Mail vertreten. Von daher täten Sie gut daran, tatsächlich offen zu sein für Anregungen von Lehrerseite, wie Sie es am Schluss Ihres Mails formulieren.

Ihre Aussage, wonach erneute Sparübungen für Sie nicht in Frage kämen, ist schöne Rhetorik ohne praktische Relevanz: Ihre Partei hat die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion an die FDP verloren, und im Landrat verfügt sie von insgesamt 90 Sitzen über 21 gegenüber 54 der Hauptvertreter des bürgerlichen Blocks. Es ermangelt Ihrer Partei folglich an Wirkungsmöglichkeiten und Stimmen, um Ihre Anliegen durchzusetzen. Dies ist nicht zuletzt die Folge der Entfremdung Ihrer Partei von der Basis.

Zu Beginn Ihres Schreibens behaupten Sie eine Verunglimpfung des Alt-Regierungsrates Urs Wüthrich seitens der "Starken Schule Baselland", um weiter unten die aktuelle Regierungsrätin, Monica Gschwind, zu verunglimpfen mittels der Unterstellung, sie sehe Bildung vor allem als Kostenfaktor. Damit entblößen Sie Ihre eigenen dem politischen Gegner unterstellten Methoden.

Unter Urs Wüthrichs Ägide wurden Lehrkräfte zu schweigenden Befehlsempfängern. Er machte den Eindruck eines zwar aus der Gewerkschaft kommenden, aber nun im hohen Elfenbeinturm sitzenden Ideologen ohne Bodenhaftung und Kontakt zur Basis, völlig unzugänglich für Anregungen. Sein Schreiben vom 1. September 2014 ans Lehrpersonal liest sich als unterschwellige Drohung insbesondere an die Adresse seiner Bildungs- und Reformpolitik gegenüber kritisch ge-

sinnigen Lehrerschaft. Es mutet auf diesem Hintergrund befremdend an, dass nun zwei Co-Präsidenten als Wüthrichs Parteigenossen sich ausgerechnet an die von ihm verschmähte Basis wenden, um sich für Rückmeldungen offen zu zeigen. Wo waren Sie bisher?

Es scheint, die SP weiss nicht, was sich an der Basis abspielt. Da werden Lehrkräfte von Schulleitungen eingeschüchtert und genötigt; da werden Tricksereien angewendet, um nicht genehme Lehrer wenige Jahre vor deren Pensionierung loszuwerden; da wird die von Urs Wüthrich als Anregung deklarierte pädagogische Kooperation als verbindlicher Bildungsauftrag durchgeboxt; da werden Schreiben von der Bildungsdirektion unterschlagen, weil sie die Schulleitungen dazu anhalten die Kollegien zu entlasten; da werden seitens diverser Schulleitungen ganze Kollegien auseinanderdividiert in kritisch und unkritisch usw. Schulräte wurden im neuen Schulgesetz aus den Klassenzimmern verbannt, wodurch sie sich nur noch mit den Schulleiterinnen und Schulleitern austauschen. Eine Aufsichtsbehörde für Schulleitungen, an die sich Lehrkräfte wenden könnten, gibt es folglich keine.

Es verwundert, dass Sie in Ihrem Schreiben hervorheben, Urs Wüthrich habe sich im Landrat für die Lehrerschaft und die Angestellten des Kantons eingesetzt. Was hätte er denn als sozialdemokratischer Bildungsdirektor und ehemaliger Gewerkschaftssekretär anderes tun sollen? Das ist doch das Mindeste, was man von ihm erwarten durfte. Was allerdings nutzte sein Einsatz in Anbetracht seiner Funktion als Durchlauferhitzer für die Reformindustrie?

Während der letzten Jahre entstanden rund ums Klassenzimmer neue Wirtschaftszweige bzw. Kostenstellen, die auf dem Buckel der öffentlichen Schulen und zu deren Nachteil ihre Geschäfte betreiben bzw. Kosten verursachen. Da ist die so genannte „Bildungswissenschaft“ zu nennen, die an Fachhochschulen in ständig schnellerem Rhythmus "neue" Unterrichtsmethoden, Schulkonzepte und -strukturen ausbrütet. Damit verbunden sind hoch dotierte Professuren, Assistenzen, Doktorate, Studienlehrgänge, Seminarien usw. Das Amt für Volksschule als nächster Akteur verarbeitet die erwähnten "Forschungsergebnisse" zu Schulreformen, wozu es u.a. personalintensive und kostspielige Arbeits- und Projektgruppen, Koordinations- und Stabsstellen schafft. Auf der Grundlage dieser im Wesentlichen immer wieder von neuem erfundenen alten Schläuche entwickelt die Verlagsindustrie neue und zunehmend teurer werdende Unterrichtsmaterialien, die vermehrt in den Schränken der Schulzimmer gebunkert, aber nicht zur Anwendung kommen wegen fehlender Praxistauglichkeit, siehe insbesondere http://www.starke-schule-basel-land.ch/Initiative_Fremdsprachen/Passepartout.aspx. Als letzter Wirtschaftszweig agiert die Fortbildungsindustrie, die den Schulen ihre obligatorischen Weiterbildungskurse für die erwähnten Methoden, Konzepte und Schulbücher verkauft. Diesbezüglich stellen sich Fragen:

"Wie ist es möglich, dass sich eine einzige Beratungsfirma sprunghaft an die Spitze der Weiterbildungsindustrie setzen konnte? Wie lässt sich erklären, dass dieselbe Firma den Schulleitungen auch die entsprechenden Evaluationsinstrumente zur Verfügung stellt, mit welchen die korrekte Anwendung der von ihr vermarkteten Produkte überprüft werden soll? Weshalb investiert der Kanton so viel Geld in diese Produkte? Der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz VSLCH macht auf seiner Website keinen Hehl daraus, dass er in Kooperation mit erwähnter Beratungsfirma Weiterbildungsseminare anbietet. Unter den Beraterinnen und Beratern finden sich Ex-Schulleiterinnen und -Schulleiter, welche an ihren ehemaligen Schulen die genannten Unterrichtskonzepte bereits zum Mass aller Dinge erklärt haben. Und ebendiese Schulen werden im Rahmen des vom Kanton finanzierten Projektes «Schulen besuchen Schulen» rege besucht." http://www.lvb.ch/docs/magazin/2014_2015/03-M%C3%A4rz/32_Sprachlabor_und_Fleischkaesewerkstatt_LVB_1415-03.pdf

Hätte sich Ihre Partei die letzten Jahre für die Redimensionierung der erwähnten vier Wirtschaftszweige und Kostenstellen und somit gegen das sich ständig schneller drehende Rad der Reformen eingesetzt, hätten wir heute kein Kostenplus im Bildungsbereich von 9.4% zu verzeichnen, sondern ein zweistelliges Minus. Dann hätten u.a. die Klassenzahlen und Pensen der Lehrkräfte nicht erhöht und die Altersentlastung nicht gestrichen werden müssen, was im Gegensatz der sich mittlerweile überschlagenden Reformen dem Schulbetrieb tatsächlich zugute käme. Auch wenn es als Argumentation schön daherkommt, nützt es der öffentlichen Schule und deren Kindern und Jugendlichen nichts, dass andere Departemente höhere Kostensteigerungen als der Bildungsbereich zu verzeichnen hat. Auch die zwar berechnete Betonung der verfehlten rechtsbürgerlichen Steuerpolitik der letzten Jahre hilft da nicht weiter. Das ist Parteiengeplänkel und zeugt von Ihrer Ferne vom thematisierten Gegenstand.

Solange Ihre Partei die Reformhysterie als den richtigen Weg betrachtet, sind Sie eben nicht auf unserer Seite. Sie machen sich offensichtlich kein Bild vom starken Sukkurs, den das Komitee Starke Schule Baselland im Lehrpersonal genießt. Kommen Sie an die Basis, machen Sie Umfragen, sprechen Sie mit den Lehrkräften und den Eltern, lösen Sie sich von Ideologie und Parteiendoktrin, beginnen Sie sich für den realen Schulalltag zu interessieren.

Machen Sie einen Schritt auf die Lehrerschaft, losgelöst von Parteipropaganda. Lösen Sie sich von der Vorstellung, Ihre bildungspolitischen Ideen liessen sich umsetzen. Darum geht es schon lange nicht mehr. Ihre Ideologie ist mittlerweile nicht mehr als ein lukratives Geschäftsmodell auf dem Buckel der öffentlichen Schule.»

Auf diese Mail hin haben wir bereits zahlreiche positive Rückmeldungen von Sekundarlehrpersonen erhalten, unter anderem folgende:

- "Schlicht und einfach ein grosses Bravo!"
- "Das Vorgehen der SP ist sowas von daneben!"
- "Das ist ein starker Brief!"
- "Herzlichen Dank! Sie reden mir aus dem Herzen."
- "Stark formuliert. Danke für die Recherchearbeit."
- "Endlich sagt mal jemand, was Sache ist..."

Zwei neue Initiativen

Mit neuer Fremdsprachendidaktik werden die Lernziele nicht erreicht

Seit 2012 werden an den Primarschulen die Fremdsprachen nach einem völlig neuen didaktischen Konzept unterrichtet. Eines seiner Merkmale besteht darin, dass die Schüler/-innen praktisch keinen praxistauglichen Grundwortschatz und fast keine Grammatik lernen müssen. Auch auf eine korrekte Schreibweise und Aussprache wird verzichtet. Die Schüler/-innen sollen zum Beispiel statt "je" auch "schö" schreiben dürfen und die Primarlehrpersonen sind ausdrücklich angehalten, ihre Schützlinge nicht zu korrigieren. Dies wird von der neuen Didaktik verlangt. Halten sich die Primarlehrpersonen an diese Didaktik, was sie eigentlich tun müssten, dann haben sie so zu unterrichten.

Kritik wächst

Seit einiger Zeit erhalten wir zunehmend Kritik von besorgten Eltern und Primarlehrpersonen. Erste Rückschlüsse sind bereits möglich: Die Lernziele werden deutlich verfehlt. Mit zwei neuen, nichtformulierten Volksinitiativen möchten wir korrigierend eingreifen.

Zwei neue Bildungsinitiative

Mit der ersten Initiative „*Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt*“ soll der Kanton Baselland zum nächstmöglichen Termin aus dem Passepartout-Projekt aussteigen. Durch verwirrende Lernstrategien, die keinen praxistauglichen Grundwortschatz vorsehen und wo auf eine korrekte Schreibweise und Aussprache verzichtet wird, werden Schüler/-innen überfordert. Rückmeldungen zeigen: Lernziele können in den Fremdsprachen nicht erreicht werden und auch andere Fächer werden mangels Ressourcen vernachlässigt. Mit der zweiten Initiative „*Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt*“ soll auf der Primarstufe zukünftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden. Es gibt heute keine Studie, die belegt, dass das frühe Erlernen von mehreren Fremdsprachen auch nachhaltig wirksam ist. Um den Druck auf die Schüler/-innen, gerade im jungen Alter, etwas zu dämpfen, soll neu nur noch Französisch auf der Primarstufe unterrichtet werden.

<http://www.starke-schule-baselland.ch/Home.aspx>

SonntagsZeitung, 25.10.2015

Die Revolution von Niederhasli



Gregory Turkawka sorgt als Schulleiter mit neuen Lernmethoden für Aufruhr

Simone Luchetta (Text) und Michele Limina (Foto)

Von aussen sieht das Sekundarschulhaus Seehalde im zürcherischen Niederhasli aus wie jedes andere. Nichts verrät, dass sich in seinem Innern explosiv Innovatives abspielt. Den Zündstoff liefert Schulleiter Gregory Turkawka, der das Schulsystem total umkrepelt und dabei keinen Stein auf dem andern lässt. Selbstorganisiertes Lernen lautet seine Parole, die er mit seinem Team umsetzt. So zügig, radikal und konsequent, wie man sich das in der hiesigen Bildungslandschaft nicht gewohnt ist. «Unsere Vision ist es, unsere Schülerinnen und Schüler zu Experten für ihr eigenes Lernen zu machen. Wenn uns das gelingt, haben wir den Job richtig gemacht», sagt er. Kein Wunder, eckt der Mann an.

An der Seehalde gibt es keine herkömmlichen Klassen mehr, sondern altersdurchmischte «Homebases», und Lehrpersonen treten nur noch in relativ kurzen Fachinputs als Wissensvermittler auf. Die meiste Zeit verbringen die Jugendlichen im «Office», einem Grossraum, wo sie selbstständig arbeiten, eng begleitet von Lerncoachs. Wer Hilfe braucht, muss vorher einen Termin abmachen. Alle Schüler besitzen ein iPad und lernen Programmieren.

Das alles erregt Aufsehen. Zumal in einer Zeit, in der der künftige Lehrplan 21 landauf, landab die Gemüter am Stammtisch erhitzt und sich am pädagogischen Schlagwort vom selbstorganisierten Lernen, kurz SOL, so manche Debatte entzündet. Lernen unsere Kinder besser, wenn ein allwissender Lehrer ihnen in Monologen die Welt erklärt, oder werden sie in ebendiesem herkömmlichem Unterricht zu wenig zum selbstständigen Arbeiten angeleitet? Das ist die Frage, um die sich alles dreht.

Niederhasli ist mit seinem alternativen Schulkonzept indes nicht allein. Immer mehr Schulen suchen angesichts der zunehmenden Heterogenität der Gesellschaft nach alternativen Wegen, um dem einzelnen Schüler gerecht zu werden und Wissen zu vermitteln und Wege aufzuzeigen, wie man sich dieses in Eigenregie aneignen kann.

Doch so konsequent wie Turkawka, nämlich in allen Fächern ausser Zeichnen, Turnen und Handarbeit, setzt SOL keiner um, was ihm im Sommer prompt einen Auftritt an der jährlichen SFIB-Fachtagung von Educa.ch in Bern einbrachte, dem Schweizer Medieninstitut für Bildung und Kultur. Und Anfang Jahr verlieh die ETH Zürich der Schule die Ehrenmedaille «für ausgezeichnete Förderung im Fach Informatik».

Unterrichtsmaterial wird digital aufbereitet und angepasst

Was so radikal mit der Tradition bricht, macht aber auch Angst und gerät in die Kritik, besonders auch bei Lehrern. Im Sommer 2014 verliessen 12 von 30 Lehrpersonen die zweite Sekundarschule im Schulkreis, das Schulhaus Eichi in Niederglatt. Gemäss Medienberichten war das neue Schulmodell der Grund für den Exodus, das die Schulpflege dort auf Sommer 2016 ebenfalls einführen will. Schulpflegepräsident Philippe Chappuis widerspricht. Nur drei Abgänge seien auf den geplanten Systemwechsel zurückzuführen: «Die restlichen waren altersbedingt oder personeller Natur.»

Sicher ist, dass das selbstorganisierte Lernen, will man die Jugendlichen nicht einfach sich selbst überlassen, neue Anforderungen an die Lehrkräfte stellt. «Man muss Kontrolle abgeben und ist nicht mehr Herr über eine Klasse», sagt Mathematik-Lehrer Matthias Lang. Zudem müssen die Lehrer als Team funktionieren. «Vieles wie Prüfungen oder Stundenpläne müssen wir jetzt miteinander absprechen», sagt die Deutsch-, Französisch- und Hauswirtschaftslehrerin Deborah Flückiger. Zudem seien sie gezwungen, das Unterrichtsmaterial für selbstorganisiertes Lernen umzustrukturieren und digital aufzubereiten. Dennoch würde die 31-Jährige trotz Mehrbelastung nicht ins alte System zurück wollen: «Zu sehen, dass die Schüler wirklich Spass am Lernen haben, ist den Aufwand wert.»

Aber individualisierte Lernformen sind umstritten. «Studien haben gezeigt, dass gute Schüler vom Modell profitieren, während schwächere Gefahr laufen unterzugehen», sagt Urs Moser, Leiter des Instituts für Bildungsevaluation an der Uni Zürich. Schwache würden oft zu wenig angeleitet. Er hält SOL für eine wichtige Unterrichtsform, aber nicht die einzig richtige: «Es ist die Abwechslung, die den Unterricht interessant macht. Und guter Frontalunterricht ist immer noch etwas vom effektivsten.»

Eine Entzauberung erfuhren moderne Lehrmethoden kürzlich auch durch eine viel beachtete Studie über das finnische Schulsystem. Sie besagt, dass die früheren hohen Pisa-Werte der Volksschulkinder nicht wie bisher angenommen mit den offenen Lehrmethoden zu tun haben, sondern Spätfolgen eines traditionellen autoritären Schulsystems sind. Für den beherzten Schulleiter indes kein Grund zurückzukrebsen: «Drill ist tatsächlich ein funktionierendes Prinzip. Aber die Frage ist doch, wollen wir das?»

Wir finden Turkawka an diesem Septembermorgen in seinem Büro. Statt des obligaten Schreibpults gibt es einen Mini-Stehtisch mit Mac-Rechner und iPad, den Sitzungstisch ersetzt eine gemütliche Sofaecke. Der 45-jährige Quereinsteiger flog als Jugendlicher von allen Schulen, arbeitete dann ohne Abschluss 16 Jahre in der Medienbranche «immer auf der kommerziellen Seite» und baute nebenbei den Kurier-Dienst Veloblitz auf. Mit 34 Jahren machte er schliesslich einen KV-Abschluss, um sich nach der Aufnahmeprüfung an der Pädagogischen Hochschule Zürich zum Lehrer ausbilden lassen zu können. Ein ideales Wirkungsfeld für den quirligen Macher: «Schule wird nie langweilig, weil sie nie fertig entwickelt ist.»

Das gilt auch für sein Schulmodell. Eine Gruppe von Leuten aus der Schulpflege und Lehrern hat es «auf der grünen Wiese» entwickelt. Die gefundenen Bausteine wurden zu einem Konzept zusammen- und zügig umgesetzt. Unterstützung holte man sich unter anderem bei der Firma SOL-Institut aus Ulm, die die Schule auch heute noch berät.

Wir nehmen einen Augenschein in einem Gross-Office, wo um die 50 Schüler an ihren mit Sichtschutz versehenen Arbeitsplätzen sitzen. Ein paar lümmeln mit iPads in der Sofaecke, sie machen Pause. Auch drei Lehrer sind da und helfen einzelnen Schülern, ein Problem zu lösen. Im Raum ist es erstaunlich leise.

Die 14-jährige Patrizia brauchte ein paar Monate, um sich an den neuen Unterricht zu gewöhnen: «Ich fand es anfangs mühsam, extra einen Termin beim Lehrer abzumachen, wenn ich eine Frage zum Stoff hatte», sagt sie. Ihre Freundin Leonie, die neben ihr lernt, wäre nach dem Übertritt am liebsten wieder in die 6. Klasse zurück: «Zu Beginn war es schwierig hier, weil wir nicht wussten, was wir machen sollten», sagt sie. Heute gehen aber beide gern zur Schule und schätzen es, dass die Lehrer sogar mehr Zeit für sie haben als früher.

Schüchterne Schüler können Probleme bekommen

Auch der 15-jährige Sämi findet es eine «gute Erfahrung», dass er hier üben kann, was er später braucht: Termine einhalten, selbständig arbeiten. Schwierigkeiten sieht er aber für Schüchterne: «Weil sie sich nicht trauen, die Lehrer zu fragen.»

Dieser Problematik ist man sich an der Seehalde bewusst. Deshalb teile man die Lernenden in die Stufen Basis, Fortgeschrittene oder Experten ein und unterstütze die Basis-Lerner entsprechend, so Turkawka. Sechs Jahre unterrichtete er selber hier, bevor er 2012 zum Schulleiter gewählt wurde. Für ihn ist klar: «Wenn wir Jugendliche für das 21. Jahrhundert fit machen, müssen wir die Schule auch an ihre Lebenswelten anpassen.»

Man könne nicht länger ignorieren, dass sie in einer digitalisierten Welt aufwachsen und früh mit interaktiven Geräten, Youtube und durchs Internet lernen würden: «Sonst wird die Schule zum surrealen Disneyland. Das können wir nicht wollen.»

Am Samstag 7. November, lädt die Seehalde zum Lernkongress, lernkongress.niniho.org

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_25_10_2015/gesellschaft/Die-Revolution-von-Niederhasli-46924

Vgl. dazu:

Lehrplan 21:

Was sind die Auswirkungen auf die ICT in der Schule?

... und aufs Geschäft

Professor Ralph Kugler von der Pädagogischen Hochschule St. Gallen zeigt die Konsequenzen des Lehrplan 21 für die ICT in Schulen auf und lädt zur anschliessenden Diskussion ein...

Selbstverständlich geniessen Sie bei uns nach dem Referat und der Diskussion einen reichhaltigen Apéro.

http://www.bischoff-wil.ch/cdn/media/file/0dLXoFWtiH8vcvydFfR5SIaMR_1445954922.pdf

oder:

<http://starkevolksschulesg.ch/privatisierung/>

Schule Schweiz, 27.10.2015

Kommentar von Peter Aebersold zu SonntagsZeitung, 25.10.2015

Die Revolution von Niederhasli und der Lehrplan 21

Revolution ist eine treffende Bezeichnung für den radikalen Umbau der Volksschule in Niederhasli. Revolutionen sind meist doktrinär, unwissenschaftlich, handstreichartig, verstossen gegen Demokratie und gültiges Recht und haben immer wieder viele unschuldige Opfer gefordert. Dabei macht der Quereinsteiger in Niederhasli, nichts anderes, als was die Pädagogischen Hochschulen schweizweit im Sinne der Grundlagen des Einheitslehrplans 21 den Junglehrern vermitteln: Die „konstruktivistische“ Lehrmethode („Unterricht ohne zu unterrichten“) soll als die allein richtige (!) am Volk vorbei zementiert werden, was die faktische Abschaffung der Methodenwahl bedeutet. Der Lehrer darf nicht mehr in einem kreativen, motivierenden Klassenunterricht den Schülern Wissen gemeinsam beibringen, sondern jeder Schüler bestimmt selber („selbstorganisiert“), was wie wann und ob er lernen will. Der Lehrer wird zum „Lerncoach“, der Arbeitsblätter verteilt und „Lernumgebungen“ schafft. Der Schüler wird zum Einzelkämpfer, der sich das Wissen selber beibringen muss, in dem er Arbeitsblätter abarbeitet. Es findet eine „stille Selektion“ bereits ab der 1. Primarklasse statt, die Chancengleichheit wird ausgehebelt und die Weichen zur neoliberalen Zweiklassengesellschaft gestellt.

Neben den englischen Wirtschaftsbegriffen wie „Homebases“, „Office“, „Lerncoach“, „Job“ usw. zeigt vor allem die „Kompetenzorientierung“ (Reduktion des Lehrstoffes auf das „Messbare“) des Lehrplans 21, dass es sich um eine neoliberale Revolution gemäss den Vorgaben von ausländischen Wirtschaftsorganisationen handelt. Der Paradigmenwechsel („Die Schule neu erfinden“), von der Wissensvermittlung mit Lernzielen zum „selbstorganisierten“ Lernen mit Kompetenzmessung („Output“-/Profitorientierung) wurde mit dem PISA-Ranking der neoliberalen Wirtschaftsorganisation OECD eingeleitet. Wie Studien verschiedener Universitäten zeigen, sind die mittleren und schwachen Schüler mit dem "selbstorganisierten Lernen“ („offene Lernformen“) überfordert und allein gelassen, die Stofflücken werden immer grösser und die Chancen einen Beruf erlernen zu können, immer kleiner.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/10/die-schule-auf-den-kopf-gestellt.html#more>

BZ, 20. Oktober 2015

Wie viel Digitalisierung verträgt der Schulunterricht?

Wie digital muss Bildung sein – und wann wird's zu viel? Im BZ-Interview erklärt der Medienwissenschaftler Ralf Lankau, warum Bildung nie digital sein kann und die Kreidetafel längst nicht ausgedient hat.



Ralf Lankau: „Viele Kinder werden zu früh und zu lange mit audiovisuellen Medien versorgt und alleine gelassen.“ Foto: dpa

Schlagwörter wie "Smartphone-Zombies" oder "Digitaler Burnout" zeigen es – der kritische Blick auf die Medialisierung der Gesellschaft etabliert sich. Die Hochschule Offenburg und die Gesellschaft für Bildung und Wissen veranstalten deshalb am 24. Oktober eine Tagung zum Thema "Digitale Medien und Unterricht".

BZ: Wieso veranstaltet eine Medienhochschule wie Offenburg eine medienkritische Tagung?

Lankau: Hochschulen haben den Auftrag, gesellschaftliche, technische oder mediale Entwicklungen wissenschaftlich zu begleiten und bei Studierenden das Reflektionsvermögen über ihr Tun und dessen Folgen zu entwickeln. Medien ermöglichen Kommunikation und informieren, sie beeinflussen, aber sie manipulieren auch. Und die Geschichte lehrt, dass derart mächtige Instrumente ge- und missbraucht werden können.

BZ: Wie digital sind Unterricht und Lehre heute? Ist die Kreidetafel im Klassenzimmer reif fürs Museum?

Lankau: Hard- und Softwareanbieter haben ein Interesse an der Technisierung der Klassenräume und des Unterrichts. Das sollte aber kein Argument für den Einsatz von Technik sein. Sie ist ein Mittel, das ich didaktisch sinnvoll einsetzen kann. Bestimmte Dinge lassen sich – Beispiel Animation in Biologie oder Erdkunde – besser projizieren. Anderes entwickelt man besser im Dialog an der Tafel. Dabei kommt es darauf an, ob ich als Lehrer in der Lage bin, etwas im Diskurs zu entwickeln, statt fertige Folien aufzulegen.

BZ: Geht es heute überhaupt noch ohne digitale Medien?

Lankau: Aber ja, warum denn nicht? Verstehen und Verständnis ist nicht an Medien gebunden, sondern ans Mitdenken. Kein Mensch lernt digital. Digital sind Lehrmedien und Distributionskanäle. Es gibt keinen digitalen Unterricht, weil Unterrichten immer Beziehungsarbeit zwischen Lehrenden und Lernenden ist. Und es gibt keine digitale Bildung. Bildung ist immer an eine Person gebunden, nicht an Medien oder Technik.

BZ: Wie hat Digitalisierung in Schule und Uni das Bildungswesen verändert?

Lankau: In erster Linie hat sich der Medienkonsum verändert. Die vermeintliche Schnelligkeit und Leichtigkeit von Visualisierungen verdrängt, dass man zum Verstehen eigene Bildvorstellungen haben muss. Beim Lesen aus abstrakten Buchstaben und Worten eine eigene Vorstellung zu entwickeln, ist ein nicht ersetzbarer Lernprozess. Je visueller unsere Gesellschaft wird, desto geringer wird die Konzentrationsspanne und Aufmerksamkeit für das einzelne Bild. Daher ist

das größte Problem des Lernens der Verlust des konzentrierten, nicht unterbrochenen Lesens, aus dem das eigenständige Denken entsteht – und dem anschließenden Diskurs über die Lektüre. "Viele Kinder werden zu früh und zu lange mit audiovisuellen Medien versorgt und alleine gelassen."

BZ: Hat sich aus Ihrer Sicht dadurch etwas in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen gewandelt? Ticken sie heute anders als früher?

Lankau: Wenn ich früh lese, schreibe, male, werke, entwickle ich mich anders als beim Zuschauen von Videos oder dem Wischen auf einem Touchscreen. Viele Kinder werden zu früh und zu lange mit audiovisuellen Medien versorgt und alleine gelassen. Die dadurch entstehende Überreizung schraubt den Erwartungspegel an permanentem Input so hoch, dass diese Kinder in den Schulen medial unterfordert sind und "stören". Der hohe Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom und ADHS-Störungen korrespondiert – zufällig? – mit der immer intensiveren Nutzung digitaler Medien schon in frühen Jahren.

BZ: Ist der (digitale) Unterricht der Zukunft eher "Horrorszenario" oder "Lernparadies"?

Lankau: Das Horrorszenario ist eine automatisch gesteuerte, digitale Lernfabrik: Software stellt die Lerninhalte für jeden Einzelnen zusammen. Schüler lernen tagsüber an Lernstationen und machen abends Online-Tests, aus denen die Software das nächste Tagespensum berechnet. Der digital entmündigte Mensch wartet auf Anweisung von der Maschine. Im Lernparadies werden junge Menschen betreut und für die Selbständigkeit erzogen. Das geht immer nur im Sozialverbund von Familie, Gemeinde, Schule oder Verein. Dazu werden natürlich auch Lernmedien eingesetzt, aber nicht die technische Codierung ist entscheidend, sondern die Qualität der Inhalte und die persönliche Begleitung.

BZ: Wann sollten Kinder den Umgang mit digitalen Medien lernen?

Lankau: In der Sekundarstufe Eins mit etwa zwölf Jahren kann man beginnen, IT zu vermitteln, aber nicht die Bedienung von Software, sondern den Aufbau von Rechnern, Betriebssystemen, Datennetzen oder Verschlüsselung. Damit kann man lokale Netzwerke, lokale Webserver und eigene Websites aufbauen oder sich mit Nachbarschulen vernetzen, immer aber in geschlossenen Netzen und mit verschlüsseltem Datentransfer. In der Oberstufe kann man Medienprojekte entwickeln, aber da sollte die Technik bereits Werkzeug geworden sein und nicht Selbstzweck.
Zur Person

Prof. Dr. Ralf Lankau, Jahrgang 1961, wurde in Lübeck geboren und hat in Frankfurt/Main klassische Philologie und Kunstwissenschaften, Germanistik, Philosophie und Kulturanthropologie studiert. Er ist seit 2002 Professor für Mediengestaltung und -theorie an der Hochschule Offenburg.

<http://www.badische-zeitung.de/offenburg/wie-viel-digitalisierung-vertraegt-der-schulunterricht-112735096.html>

Migros-Magazin, 26. Oktober 2015

Sonderschüler bringen Lehrer an ihre Grenzen

Kinder mit speziellen Bedürfnissen stellen für Schulen eine grosse Herausforderung dar. Beatrice Kronenberg, Direktorin der Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik, über die wachsende Zahl der Sonderschüler und ihre integrative Förderung in Regelklassen.

Ob man Sonderschüler in Regelklassen integrieren soll oder nicht, ist eine müssige Frage. Ihre Integration ist ein verbindlicher Auftrag: 2002 hat das Schweizer Volk das Gesetz zur Gleichstellung von Behinderten angenommen. Die integrative Förderung ist eine Folge davon. Der Systemwechsel hat allerdings seine Tücken. Viele Lehrkräfte fühlen sich überfordert und alleingelassen. «Die Integration ist schweizweit eine grosse unkoordinierte Baustelle», sagt Jürg Brühlmann (61), Leiter Pädagogische Arbeitsstelle des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH). «Es ist dilettantisch, die Sonderschüler einfach in eine Regelklasse zu schicken und zu hoffen, dass es dann schon gut kommt.» Mit ein paar Zusatzstunden für Heilpädagogen alleine sei die Herausforderung nicht zu meistern.

«Teilweise wird die Integration auch für Sparübungen missbraucht. Es ist teurer, eine Sonderschule separat zu führen, als Heilpädagogen zur Unterstützung in die Klasse zu schicken.» Als Vertreter der Lehrerschaft fordert Brühlmann eine «sorgfältige Einführung» des integrativen Ansatzes und Budgets für schulinterne Projekte.

Die steigende Zahl an Sonderschülern erklärt Jürg Brühlmann unter anderem mit dem gesellschaftlichen Wandel: «Die Bereitschaft zur Therapie ist gestiegen.» Früher sei es eher als Stigma betrachtet worden, wenn ein Kind einer speziellen Förderung bedurfte. Heute erhalten rund die Hälfte der Kinder im Verlauf ihrer Schulkarriere Unterstützung.



EXPERTENINTERVIEW

«Die Integration ist ein politischer Auftrag, aber nicht in jedem Fall sinnvoll»

Beatrice Kronenberg (60), Direktorin der Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik.

Beatrice Kronenberg, erneut hat die Zahl der Sonderschüler in vielen Kantonen zugenommen. Warum?

Mit Kindern mit dem Status «Sonderschüler» lassen sich Ressourcen generieren. Und weil man Ressourcen will, vergibt man diesen Status heute schneller.

Das dürfte ganz in Ihrem Sinn sein. Denn der Zweck Ihrer Stiftung ist die Förderung der Heil- und Sonderpädagogik.

Ziel unserer Stiftung ist es ganz und gar nicht, mehr Sonderschüler zu «produzieren», sondern dafür zu sorgen, dass die richtige Förderung am richtigen Ort passiert. Das Problem ist, dass bisher kaum untersucht wurde, was die teuren sonderpädagogischen Massnahmen wirklich bringen. Wirkungsstudien haben hierzulande keine Tradition.

Was halten Sie von der integrativen Förderung von Sonderschülern in Regelklassen?

Die Integration ist ein politischer Auftrag, hinter dem wir stehen. Es gibt derzeit noch zu viele Kinder, die Sonderschulen besuchen.

Man hört von Klassen, in denen Sonderschüler den Unterricht massiv stören.

Wenn dem so ist, läuft etwas falsch. Die Integration ist nicht in jedem Fall sinnvoll. Sie muss zum Wohl des betroffenen Kindes sein, gleichzeitig aber dürfen die anderen Kinder der Klasse nicht zu kurz kommen.

Bei welchen Diagnosen ist die Integration sinnvoll, bei welchen nicht?

Diese Frage muss man von Fall zu Fall beantworten: Zwei Kinder mit der gleichen Diagnose können sehr unterschiedlich sein. Das eine Kind mit Trisomie 21 lässt sich gut integrieren, das andere nicht. Zudem muss man bei der Integration systemisch denken. Das heisst, den ganzen Kontext einbeziehen: Die Situation in der Familie, die Tragfähigkeit der Regelklasse sowie die Erfahrung der Lehrkraft. Dafür gibt es seit Kurzem ein standardisiertes Abklärungsverfahren – einen Fragebogen, der diese Punkte detailliert abfragt.

Trotzdem gibt es nach wie vor Lehrkräfte, die sich überfordert und alleingelassen fühlen.

Die Lehrpersonen brauchen gezielte Unterstützung. Das beginnt schon bei der Ausbildung: Sie müssen auf die Kinder mit speziellen Bedürfnissen vorbereitet werden. Auch die Zusammenarbeit mit heilpädagogischen Fachleuten will gelernt sein. Funktioniert diese nicht, wird das, was als Unterstützung gedacht ist, eher als Belastung wahrgenommen.

Je mehr Lehrkräfte für eine Klasse zuständig sind, desto mehr Koordination braucht es – und desto weniger eng ist die Beziehung zwischen Lehrkraft und Schüler.

Für die Schüler ist es kein Problem, zwei Ansprechpersonen im Klassenzimmer zu haben. Problematisch ist eher das Fachlehrersystem, bei dem die Schüler den Lehrer ständig wechseln.

Gibt es Schulen, welche die Herausforderungen der Integration besonders gut lösen?

Ja, etwa im Südtirol. Dort kommen die zusätzlichen Ressourcen, die für einzelne Kinder gesprochen werden, der ganzen Klasse zugute. Konkret heisst das, dass die Lehrkraft von einer Heilpädagogin unterstützt wird, immer von derselben. Je nach Programm arbeitet die Heilpädagogin mit jeweils anderen Schülern, da wo ihr Spezialwissen gefragt ist und wo es die Klasse als Ganzes am besten stützt. In der Schweiz ist es oft so, dass eine bestimmte Fachkraft speziell für ein Kind in den Unterricht kommt; bleibt es krank zu Hause, geht sie wieder. Damit bleibt der Sonderschüler der Sonderfall in der Klasse. Das ist nicht im Sinne der Integration – zudem wird die Klasse damit als stabile Basis beansprucht, profitiert aber selbst nicht unbedingt davon.

<http://www.migrosmagazin.ch/menschen/interview/artikel/sonderschueler-bringen-lehrer-an-ihre-grenzen>

Schule Schweiz, 25.10.2015

[Immer weniger Schüler bleiben sitzen](#)

Was früher üblich war, ist heute die Ausnahme: Überforderte, schwache und langsame Schüler müssen kaum mehr eine Klasse repetieren. «Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass eine Repetition mittelfristig meistens nichts bringt», sagt Sybille Bayard von der Bildungsdirektion des Kantons Zürich. Sie hat die Repetitionsquote in der Zürcher Volksschule vom Kindergarten bis zur Oberstufe seit 2001 untersucht und festgestellt, dass sich diese mehr als halbiert hat: von 2,8 Prozent auf 1,3 Prozent pro Jahr. Nimmt man nur die Regelschule ohne die besonderen Klassen, sank die Quote von 1,6 auf 1,1 Prozent.

Die Klasse wiederholen war einmal, NZZaS, 25.10. von René Donzé

[Weiterlesen »](#) (Man beachte den unten beigefügten Kommentar dazu.)

[Intransparente Zuteilung von Sonderschülern](#)

Ich möchte zuerst einmal anmerken, dass der Anteil Sonderschüler an der Schülerschaft bei weitem nicht so gross ist, wie die Lektüre [dieses Artikels](#) vermuten lässt. Falls man annimmt, dass der 3,7-Prozentanteil an der Schülerschaft im Kanton Zürich allesamt willkürlich auf Regelklassen mit 20 Schülern verteilt würden, so hätten nur rund 36 Prozent, das heisst weniger als die Hälfte der Klassen, einen einzigen Sonderschüler.

Leserbrief, Sonntagszeitung, 25.10. von Peter Senn

[Weiterlesen »](#)

[Kinder sollen lernen dürfen](#)

[In diesem Artikel](#) bleiben jene Kinder völlig unbeachtet, die in solchen «Horrorklassen» eigentlich gerne lernen und eifrig mitmachen würden, aber nicht können, weil irgendwelche Lümmel stören und die Kameraden drangsaliieren. Die Eltern dieser Kinder sollten sich jeweils zusammenschliessen und von den Behörden verlangen, dass notorische Krawallanten, die null Lust aufs Lernen haben, unverzüglich aus derartigen Abteilungen entfernt werden. Jedes Kind sollte das Recht haben, in ordentlichem Rahmen lernen zu können, und die Behörden sind dazu da, für ein entsprechendes Lernklima zu sorgen. Natürlich: Kleinklassen müssen halt wieder eingeführt werden – man weiss ja schon lange, dass dies unumgänglich sein wird.

Leserbrief, Sonntagszeitung, 25.10. von Hans-Peter Köhli

Aargauer Zeitung, 26.10.2015

Lehrplan 21: Aargauer Regierung hält Alleingang für schädlich

Der Aargau ist ein steiniger Boden für den Lehrplan 21. Eine Volksinitiative will ihn verhindern und eine Motion verlangt, dass die Arbeit sistiert werden soll. Jetzt bezieht der Regierungsrat Stellung.

von Jörg Meier

Sämtliche Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21 sollen bis zur Abstimmung über die Volksinitiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» sistiert werden. Dies fordert eine Motion, die von 36 Ratsmitgliedern, vorwiegend aus dem bürgerlichen Lager, unterzeichnet worden ist.

Zudem verlangt die Motion, dass die Abstimmung über die Volksinitiative bald anzusetzen sei. Es gehe nicht, dass für den Lehrplan 21 bereits Geld ausgegeben und geplant werde, obwohl eine Volksinitiative dagegen vorliege. Das sei weder demokratisch noch ökonomisch, argumentieren die Initianten.

Eigene Lehrmittel wären nötig

Der Regierungsrat hat die Motion zum Anlass genommen, sich grundsätzlich zum Lehrplan 21 zu äussern und zu erklären, warum er sowohl die Motion zur Sistierung als auch die Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 ablehnt.

[Die am 2. Juni 2015 mit 4392 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative](#), die sich gegen den Lehrplan 21 richtet, weist aus Sicht der Regierung etliche Schwächen auf.

Geht es nach der Initiative, wird es wichtige Fächer künftig nicht mehr geben. Denn der Initiativtext zählt die zu unterrichtenden Fächer abschliessend auf. Verschiedene Fächer des heutigen Lehrplans, wie «Projekte und Recherchen» oder «geometrisch-technisches Zeichnen» müssten gestrichen werden.

Und neue Fächer, wie «Medien und Information» könnten nicht wie im Lehrplan 21 vorgesehen in separat ausgewiesenen Lektionen unterrichtet werden. Die Initiative verlangt zudem nur eine Fremdsprache in der Primarschule, was dem nationalen Konsens widerspricht.

Mit der fundamentalen Abweichung vom Lehrplan 21 können für einzelne Fächer keine Deutschschweizer Lehrmittel mehr verwendet werden. Das wiederum hätte zur Folge, dass der Kanton Aargau eigene Lehrmittel entwickeln oder sie vom Ausland übernehmen muss.

Zudem braucht der Aargau eine eigene Ausbildung für seine Lehrpersonen. Denn die Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz sind beauftragt, ihre Ausbildung auf den harmonisierten Deutschschweizer Lehrplan auszurichten. Für die Aargauer Lehrpersonen müsste deshalb eine nur für den Aargau geltende Ausbildung aufgebaut werden.

Nachteile für die Schule Aargau

Auch die von den Initianten bekämpfte Kompetenzorientierung sei keineswegs eine Neuerfindung des Lehrplans 21, sagt der Regierungsrat, sondern sei bereits heute in Paragraf 19 des Schulgesetzes angelegt.

Eine Annahme der Initiative würde nicht bloss den Lehrplan 21 stoppen, sondern dem Aargauer Schulsystem weit grösseren Schaden zufügen. So würden – immer nach Ansicht des Regierungsrates – die Kinder nicht auf eine zunehmend komplexere Zukunft vorbereitet, sondern mit Methoden aus dem letzten Jahrhundert unterrichtet.

Die Eltern könnten nicht von der Harmonisierung der Lehrpläne in der Deutschschweiz profitieren; jeder Umzug in einen andern Kanton wäre eine schulisch grosse Umstellung.

Die Aargauer Lehrpersonen könnten kaum mehr in anderen Kantonen unterrichten, die reduzierten Arbeitsmarktchancen hätten wohl auch einen direkten Einfluss auf das Interesse im Aargau an der Ausbildung zum Lehrer. Lehrermangel wäre die Folge.

Schliesslich entstehen dem Kanton markant höhere Kosten für die Entwicklung eines eigenen Lehrplans, eigener Lehrmittel, eigener Aus- und Weiterbildungen. Und was der Regierungsrat auch noch klarstellt: Die Aargauer Volksschule braucht einen neuen Lehrplan, völlig unabhängig vom Schicksal des Lehrplans 21.

Motion verletzt Verfassung

Aber auch die im Grossen Rat eingereichte Motion, die ein Moratorium der Arbeit am Lehrplan 21 verlangt, bis die Aargauerinnen und Aargauer an der Urne über das Schicksal des Lehrplans 21 entschieden haben, lehnt die Regierung ab.

Denn erstens verhindere ein Moratorium die bildungspolitische Diskussion, die doch gerade von den lehrplankritischen Initianten gefordert werde. Und zweitens sei das Moratorium im Vorfeld einer Abstimmung nicht vereinbar mit dem verfassungsmässig festgelegten Verfahren.

Dies gleich dreifach: Der Regierungsrat ist zu einer Finanzplanung verpflichtet. Er muss zudem die Bevölkerung informieren und er muss gemäss Bundesverfassung mithelfen, das schweizerische Schulwesen zu koordinieren. Das alles ist nicht möglich, wenn sich der Kanton nicht mehr mit dem Lehrplan 21 beschäftigen darf.

Die Motionäre befürchten einen Mangel an demokratischer Mitbestimmung bei der Einführung des Lehrplans 21. Der Regierungsrat versichert, er nehme diese Befürchtungen ernst. Er plant eine breite Beteiligung für die Erarbeitung des Aargauer Lehrplans. Fest steht auch das Datum der Abstimmung über die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21»: Es ist der 12. Februar 2017.

<http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/lehrplan-21-aargauer-regierung-haelt-al-leingang-fuer-schaedlich-129675345>

srf, Regionaljournal Zentralschweiz, 27. Oktober 2015

Fremdsprachen-Initiative soll doch gültig sein

Nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule: Die Initianten der Fremdsprachen-Initiative im Kanton Luzern wehren sich dagegen, dass ihr Volksbegehren ungültig sein soll. Sie legen ein Gutachten vor, das dem Regierungsrat widerspricht.



Bildlegende:
Die Luzerner Fremdsprachen-Initiative wurde im September 2014 eingereicht. Keystone

«Auf der Primarstufe wird eine Fremdsprache unterrichtet», lautet die Forderung in der als allgemeine Anregung formulierten Volksinitiative. Nach Ansicht des Regierungsrates sollen die Stimmberechtigten nicht darüber abstimmen können, ob die Primarschüler weiterhin zwei Fremdsprachen lernen sollen oder nicht.

Das Volksbegehren verstosse gegen übergeordnetes Recht und das Gebot der Einheit der Materie, erklärte der Regierungsrat vor einem Monat: die Stimmenden wüssten nicht, ob die eine Fremdsprache Englisch oder Französisch sein solle. Die Initiative widerspreche zudem der Schulharmonisierung.

Gutachter sieht keinen Grund

Das Initiativkomitee konterte am Dienstag mit einem Gegengutachten des Zürcher Staatsrechtlers Andreas Glauser. Dieser sieht keinen Grund, weshalb das Volksbegehren ungültig sein sollte.

Zweifelhaft sei einzig, ob die Initiative gegen übergeordnetes Recht verstosse, schreibt Glauser in dem Gutachten, räumt den Zweifel dann aber umgehend aus. Weil Luzern dem Konkordat HarmoS nicht beigetreten sei, sei es ihm nicht verboten, auf der Primarschule nur eine Fremdsprache zu unterrichten.

Die Kantone seien durch übergeordnetes Recht einzig dazu verpflichtet, bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit Kenntnisse in einer zweiten Landessprache zu vermitteln.

Zu der vom Regierungsrat bestrittenen Einheit der Materie schreibt Gutachter Glauser, dass die Fremdsprachen-Initiative die Voraussetzung der Einheit der Materie in idealtypischer Weise erfülle. Sie verfolge ein einziges, thematisch eindeutig abgrenzbares Anliegen. Der Stimmbürger werde nicht in eine Zwangslage gesetzt.

Neues Gutachten zur Fremdsprachen-Initiative

[Audio «Neues Gutachten zur Fremdsprachen-Initiative \(27.10.2015\)» abspielen.](#)

[Gutachten im Wortlaut](#)

Basler Zeitung, 27.10.2015

Neuer Lehrplan ohne Bücher

Zum Lehrplan 21 fehlen an Basler Schulen Lehrmittel. Produziert wird erst, wenn auch Bern und Zürich mitmachen

Von Nina Jecker

Basel. Als erster Kanton in der Schweiz hat Basel-Stadt nach den Sommerferien den umstrittenen Lehrplan 21 eingeführt. Ein Lehrplan, der eigentlich mit neuen Lehrmitteln umgesetzt werden sollte. Dies ist jedoch nicht möglich, weil es die für die neuen Kombifächer wie beispielsweise Natur und Technik, Wirtschaft, Arbeit und Haushalt oder Ethik, Religionen, Gemeinschaft noch gar keine Bücher und Hefte gibt. «Für die Verlage lohnt es sich nicht, für einen kleinen Markt ein Lehrmittel zu produzieren», erklärt Dieter Baur, Leiter Volksschulen Basel-Stadt.

Hergestellt werden die Unterlagen für Lehrer und Schüler erst, wenn die Kantone Bern und Zürich den neuen Lehrplan ebenfalls einführen und dann Lehrmittel bestellen. «Diese Kantone haben einen genügend grossen Abnehmerkreis. Ab da wird es interessant für die Verlage», sagt Baur. Was die Kombifächer oder Sammelfächer angeht, rechnet man in Basel damit, dass die Lehrmittel ungefähr für das Schuljahr 2018/2019 komplett vorliegen werden.

«Wir spielen Versuchskaninchen»

Nicht alle Lehrpersonen sind begeistert davon, als Erste im Land mit dem Lehrplan 21 zu beginnen. Mit ihrem vollen Namen möchten sie keine Kritik üben, weil sie negative Konsequenzen im Beruf fürchten. Anonym machen sich einige aber Luft. «Einmal mehr dienen wir und die Schulkinder dem Erziehungsdepartement als Versuchskaninchen», sagt Lehrer A. F.* Bereits die Einführung der Orientierungsschule als Basler Unikum sei ein einziges Experiment und ein riesiger Fehler gewesen. «Und jetzt passen wir unser System dem Rest der Schweiz an, noch bevor die anderen Kantone die Neuerung selber umsetzen.» Eine andere Lehrerin hält fest: «Ich und viele Kolleginnen freuen sich zwar über das neue System. Aber wir haben das Gefühl, dass wieder einmal alles viel zu schnell passieren muss, bevor überhaupt alles ausgegoren ist.» Sie hätte lieber auf die anderen Kantone gewartet, um dann gemeinsam loszulegen. «Dann hätte man auch die Lehrmittel pünktlich zur Verfügung gehabt.»

Zum Vergleich: Der Kanton Bern beispielsweise lässt sich mit der Inkraftsetzung des neuen Lehrplans deutlich mehr Zeit als die Basler und will ihn je nach Schulstufe zwischen 2018 und 2020 umsetzen. In Zürich soll kommenden Frühling überhaupt erst eine kantonale Version davon vorliegen, die dann auch noch in die Vernehmlassung geht. Eingeführt wird der Lehrplan 21 im Kanton Zürich frühestens auf das Schuljahr 2017/2018.

Beim Basler Erziehungsdepartement will man von einer überstürzten Einführung dennoch nichts wissen. Das Ganze sei genügend vorbereitet worden. «Es war uns bekannt, dass in gewissen Fächern ohne neue Lehrmittel gestartet werden muss», sagt Baur. In den Fächern Mathematik, Deutsch und für die Fremdsprachen seien ausserdem bereits lehrplankonforme Unterlagen im Einsatz. «Da gibt es auch keine Wechsel mehr», sagt Baur.

Sechs Jahre Übergangsfrist

Aber warum haben die Basler nicht einfach gewartet, bis auch andere Kantone zur Einführung des umfangreichen Lehrplans bereit sind? Der Grund ist die Umstellung des Basler Schulsystems mit der Orientierungsschule auf das neue System mit einer Sekundarstufe. «Hätten wir mit dem Lehrplan 21 noch gewartet, hätten wir für diese Zeit extra einen teuren Übergangslernplan entwickeln müssen. Das lohnt sich für eine solch kurze Zeitspanne aber nicht», sagt Baur.

Für die Basler Lehrer gibt es Hilfestellungen. Sie können sich im Internet darüber informieren, welche Lehrmittel bereits heute mit den neuen Vorgaben kompatibel sind. Wo solche fehlen, stellt das Erziehungsdepartement zum Teil Unterrichtseinheiten im Internet zur Verfügung. Ausserdem können die Schulen laut Baur mit Materialkrediten zusätzliche Materialien kaufen, um Lücken in der Übergangszeit zu überbrücken. Nach dieser Frist von sechs Jahren soll dann an der gesamten Volksschule nur noch der neue Lehrplan zum Einsatz kommen. «Ich hoffe, dass all die Pädagogen unsere Schule ab dann endlich einmal einige Zeit in Ruhe lassen», sagt dazu Lehrer A. F.

* Name der Redaktion bekannt.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=16&articleid=338423>

Tagblatt, 29. Oktober 2015

Grünes Licht für die Erweiterung

An einer ausserordentlichen Schulgemeindeversammlung bewilligte die Sekundarschulgemeinde Rickenbach-Wilen den von der Behörde beantragten Umbau des Spezialtrakts an der Oberstufe Ägelsee. Die Vorlage war unbestritten.

PETER KÜPFER

WILEN. Mit dem Entscheid vom Dienstagabend steht der für die Umbauten benötigte Investitionskredit von 2,65 Millionen Franken zur Verfügung. Damit kann der Umbau des Spezialtrakts und der damit zusammenhängende Anbau des Klassentrakts realisiert werden. Der Umbau ist zur baulichen Anpassung an die Erfordernisse des eigenverantwortlichen Lernens (siehe Box) nötig geworden, wie Schulpräsident Armin Blöchlinger sagte.

80 000 Franken für Sanierung

Dieser jüngste Baustein im pädagogischen Konzept des Sekundarschulzentrums wird ab dem nächsten Schuljahr neu im Stundenplan als vierstündiger Block für alle Stammklassen figurieren. Gleichzeitig beschloss der Souverän einen Kredit von 80 000 Franken zur Dachsanierung des Spezialtrakts.

Zügig verfolgtes Projekt

Im Jahr 2013 hatten sich Schulbehörde, Schulleitung und Lehrpersonen in einer gemeinsamen Projektarbeit für die Beibehaltung des im Ägelsee etablierten Schulmodells ausgesprochen. Gleichzeitig wurde auch die Schaffung eines neuen Unterrichtsgefässes beschlossen, eben das eigenverantwortliche Lernen. In Zusammenarbeit mit der Schulleitung und den Lehrpersonen wurden verschiedene Umbauvarianten entwickelt und geprüft. Es stellte sich heraus, dass die in der Botschaft als Variante zwei vorgestellte Version den pädagogischen, organisatorischen und finanziellen Anforderungen am besten entsprach. Deshalb beantragte die Schulbehörde den Stimmbürgern die Umnutzung des Erdgeschosses des Spezialtrakts in einen neuen grossen Lernraum sowie den sich daraus ergebenden Erweiterungsanbau des Klassentrakts zur neuen Unterbringung des Verwaltungs- und Lehrerbereichs. Der Umbau wird zügig realisiert. Der neue grosse Lernraum im Erdgeschoss des Spezialtrakts soll bereits auf Beginn des nächsten Schuljahres 2016/2017 bezugsbereit sein. Der Baubeginn zur Erweiterung des Klassentrakts ist auf Herbst des nächsten Jahres vorgesehen. Er wird bis Sommer 2017 dauern. Für diese Zeit müssen die im Erdgeschoss des Spezialtrakts untergebrachten Büros und Räume provisorisch in die freigewordene Hauswartwohnung dislozieren, bis sie definitiv ihre Räume im neuen Anbau beziehen können. «Das sind zwar ehrgeizige Zeitpläne», sagte Blöchlinger, «das Vorhaben ist aber realisierbar».

Deutliches Ja

Was die Finanzierung betrifft, so bekräftigte Blöchlinger die durch Experten bestätigten Grundannahmen: stabile Schülerzahlen mit Obergrenze 200 sowie keine grösseren Unterhaltsaufwendungen für die nächsten zehn Jahre. Der Steuerfuss bleibt unangetastet.

Der Antrag wurde von den gerade mal 60 anwesenden Stimmbürgern bei lediglich vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen deutlich genehmigt.

UMSETZUNG

Weniger Deutsch, Mathe und Realien

Das eigenverantwortliche Lernen wird am Sekundarschulzentrum Ägelsee neu ab dem nächsten Schuljahr als Block von vier Lektionen pro Woche in den Stundenplan integriert. Immer zwei Stammklassen des gleichen Typs und Jahrgangs werden dieses neue Element und die dafür umgestalteten Räume nutzen. Dafür werden je eine Lektion Deutsch, Mathematik und Realien sowie die heutige Hausaufgaben-Lektion beansprucht. (pek)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/hinterthurgau/tz-ht/Gruenes-Licht-fuer-die-Erweiterung;art123857,4406723>

Tagblatt, 29. Oktober 2015

Die kleinen Oberstufen im Kanton gesichert

ST. GALLEN. Der St. Galler Erziehungsrat hat den kleinen Oberstufen in Quarten und im Taminatal 2013 Schulversuche mit alternativen Organisationsformen bewilligt. Die Auswertung zeigt nun laut Mitteilung der Staatskanzlei, dass die erprobten Modelle funktionieren, wenn die Lehrpersonen das damit verbundene Engagement eingehen. Die kleinen Oberstufen des Kantons seien somit gesichert.

An den Schulen wurden individuell zugeschnittene Modelle erprobt. Quarten unterrichtete typen- und altersgemischte Klassen, das heisst Klassen mit sowohl Real- und Sekundarschülerinnen und -schülern als auch verschiedenen Jahrgängen. Taminatal beschränkte sich auf typengemischte Jahrgangsklassen.

Auswertung durch PHSG

Das Institut Bildungsevaluation, Entwicklung und Beratung der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG) hat die Versuche ausgewertet. Die PHSG erachtet die Versuchsanordnung als funktionsfähig, wenn sich die Lehrpersonen besonders engagierten. In diesem Zusammenhang wurde davon Kenntnis genommen, dass Quarten vom gewählten Modell zwischenzeitlich wieder abgerückt ist: Es hat die Altersdurchmischung aufgegeben und ist zu ausschliesslich typendurchmischten Klassen übergegangen – so wie es im Taminatal von Anfang an gehandhabt worden ist.

Oberstufe weiterentwickeln

Der Erziehungsrat stellt laut Mitteilung mit Genugtuung fest, dass die Versuchsanordnung stimmt und nun die Gewissheit besteht, dass die kleinen Oberstufenschulen im Kanton künftig gesichert sind. Damit konnte der Rat den beiden Schulen die Fortsetzung der Versuche für weitere zwei Schuljahre bewilligen. 2016 wird der Erziehungsrat für die Zeit frühestens ab 2017/18 bestimmen, wie im Kanton die Oberstufenmodelle generell entwickelt werden – wie 2014 im Bericht «Perspektiven der Volksschule» angekündigt. (red.)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Die-kleinen-Oberstufen-im-Kanton-gesichert;art122380,4406511>

Tagblatt, 30. Oktober 2015

Hägenschwil verlängert mit SBW



Die Oberstufe in Hägenschwil ist seit drei Jahren eine Privatschule. (Bild: Archivbild: Urs Jaudas)

Schulisch ist Hägenschwil ein Schweizer Unikum: Die Privatschule SBW führt die Oberstufe im Auftrag der Gemeinde. Nun wird der Vertrag voraussichtlich verlängert. In Wittenbach ist man wenig überrascht.

CORINNE ALLENSPACH

HÄGGENSCHWIL. Vielen sind die Bilder noch lebhaft im Kopf, als über 250 kleine und grosse Hägenschwiler im Dezember 2010 den St. Galler Klosterplatz belagerten und ihre Piratenflaggen schwenkten. Dabei überreichten sie Bildungsdirektor Stefan Kölliker über 7300 Unterschriften für den Erhalt der Oberstufe. Gebracht hat es ausser viel Medienpräsenz wenig: Der Erziehungsrat erlaubte Hägenschwil nicht, seine Oberstufe – die kleinste im Kanton – weiterzuführen.

«Lösung funktioniert bestens»

Die Piraten gaben aber nicht auf: Seit dem 1. August 2012 betreibt die SBW Haus des Lernens im Auftrag der Gemeinde die Oberstufe. Vorerst für drei Jahre. Damit ist Hägenschwil die erste Gemeinde der Schweiz mit einer privaten Oberstufe. Bereut hat man den Weg nicht: «Für uns ist es eine ideale Lösung», sagt Schulratspräsident Alan Germann. Man habe festgestellt, dass die Schule im Dorf breit abgestützt sei. «Und auch die Rahmenbedingungen sind zu 100 Prozent erfüllt.» So gelinge es beispielsweise nach wie vor, für alle Schüler eine Anschlusslösung zu finden. Und auch das kantonale Bildungsdepartement, das die Aufsicht über alle Privatschulen hat und Hägenschwil zweimal besuchte, habe gute Noten erteilt, sagt Germann. «Für uns war es darum klar, dass wir den Vertrag mit der SBW wieder erneuern.» Dies ist nun seitens der Gemeinde Hägenschwil geschehen. In Kürze werde sich auch der Verwaltungsrat der SBW beraten.

Wittenbach rechnete damit

In Wittenbach ist man nicht überrascht über die Vertragsverlängerung. «Wir mussten damit rechnen», sagt Georges Gladig, Präsident der Regionalen Oberstufenschulgemeinde Grünau. Werten will er das Ganze nicht: «Das ist Hägenschwils freier Entscheid, den wir respektieren müssen.» Im August teilte der Schulrat der Grünau im «Gemeindepuls» mit, man stehe einer Ausweitung der Oberstufe mit Hägenschwil offen gegenüber. «Damit wollten wir signalisieren, dass die Hägenschwiler in Wittenbach jederzeit willkommen sind», sagt Gladig. «Auch in einigen Jahren noch.»

Sich nicht verschliessen

Alan Germann kann sich durchaus vorstellen, wieder mit der öffentlichen Schule zusammenzuarbeiten, sobald der Erziehungsrat die gestern angekündigten Reformen auf der Oberstufe umsetzt. «Wir wollen uns nicht verschliessen», sagt Germann. «Wir hätten gerne von Anfang an bewiesen, dass unser System auch in der öffentlichen Schule funktioniert.» Aber bisher sei altersdurchmisches Lernen in der Oberstufe nicht erlaubt gewesen. Und für Häggenschwil ist dieses unabdingbar, soll die Schule weiterhin im Dorf bleiben. Aktuell werden nur gerade 45 Oberstufenschüler beschult.

<https://www.ostschweiz-am-sonntag.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-sr/Haeggenschwil-verlaengert-mit-SBW;art190,4408116>

Mehr dazu:

Privatschulen mischen Volksschule auf

Privatschulen sehen Möglichkeiten, auch im staatlich dominierten Sektor zu wachsen.

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Ostschweiz-am-Sonntag-28.-Juni-2015.pdf>

und:

<http://www.sbw.edu/index.php/idea-home/>